



Jugendsession 2020

05.-08. November

Dossier

Sustainable Finance

Autorin: Amara Cespedes

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Globalisierung | 4 |
| Glossar | 5 |
| Worum geht es? | 6 |
| Nachhaltige Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen | 6 |
| Gesetzliche Grundlagen und Vorstösse | 7 |
| Wo steht die Schweiz? | 7 |
| Was ist die Rolle der Schweiz in der Internationalen Gemeinschaft? | 8 |
| Die Standpunkte verschiedener Akteure | 9 |
| Vor- und Nachteile unterschiedlicher Ansätze | 11 |
| Kritik | 12 |
| Fazit | 13 |
| Weiterführende Links / Willst du mehr wissen? | 14 |
| Links | 14 |
| Verweise | 15 |
| Abbildungsverzeichnis | 15 |

Globalisierung

Die Welt ist heute vernetzter denn je. Der internationale Handel hat in den letzten Jahren stark zugenommen und Lieferketten geschaffen, die sich über den gesamten Globus erstrecken. So ist es mittlerweile problemlos möglich, Kleider aus China oder tropische Früchte aus Südamerika in die Schweiz zu bestellen. Gleichzeitig exportiert die Schweiz in grossem Stil Industrieprodukte und Finanzdienstleistungen ins Ausland.

Doch die Globalisierung umfasst mehr als den weltweiten Austausch von Waren. Auch auf kultureller und politischer Ebene sind die unterschiedlichen Länder und ihre Bewohner*innen immer stärker miteinander verflochten. Exemplarisch dafür sind Mobiltelefone, die die ständige Verbundenheit mit der ganzen Welt erlauben. Das Teilen von Bildern mit Freund*innen in Mexiko oder Video-Telefonate mit Familienmitgliedern in den USA sind heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Auch physisch entdecken wir immer mehr Ecken der Welt - oftmals mit dem Flugzeug, vermehrt aber auch durch virtuelle Spaziergänge im Internet. Die zunehmende Vernetzung gilt als einer der Gründe, weshalb der Wohlstand und die Lebensqualität weltweit zugenommen haben – auch in weniger entwickelten Ländern. Der Anteil der Menschen, die von extremer Armut betroffen sind, ist seit 1985 von 44% auf weniger als 10% gesunken¹ und die durchschnittliche Lebenserwartung ist 20 Jahre höher als noch in den 1950er Jahren.²

Diese Zahlen bilden jedoch nur einen Teil der Realität ab. Obwohl die meisten Volkswirtschaften seit Jahren fast ununterbrochen gewachsen sind, haben nicht alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen davon profitiert. So besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung mittlerweile mehr Vermögen als die übrigen 99 Prozent zusammengenommen.³ Zudem werden auch die Auswirkungen der Globalisierung auf die Umwelt immer deutlicher. Die stetige Steigerung der globalen Produktion führt zu einer immer höheren Belastung der Umwelt. Es sind Herausforderungen, die sich nur gemeinsam angehen lassen und die nach einer ausgebauten internationalen Kooperation in diversen Bereichen verlangen.

Das soll aber nicht heissen, dass nicht auch auf nationaler Ebene die Initiative ergriffen werden sollte. Jedes Land sollte sich der eigenen Verantwortung bewusst sein und diese auch wahrnehmen. Gerade die Schweiz spielt als Hauptsitz einer Vielzahl internationaler Organisationen eine wichtige Rolle. Sie ist also in der besten Position, nachhaltige Veränderungen anzuregen und geniesst in der internationalen Gemeinschaft eine hohe Glaubwürdigkeit. Als stabile und demokratische Volkswirtschaft verfügt sie zudem über die Kapazität, auch langfristige Investitionen im Interesse der Gesellschaft zu tätigen. Damit es der Schweiz aber gelingt, ihren Teil zu einer verbesserten internationalen Zusammenarbeit beizutragen, ist es notwendig, unterschiedliche Lösungsansätze ausführlich zu diskutieren. Und genau hier ist die Jugend gefragt. Sie ist von zukünftigen Veränderungen am stärksten betroffen und muss sich mit den Konsequenzen heute getroffener Entscheidungen arrangieren. Es scheint deshalb nur logisch, dass die Meinung der Jugend im politischen Diskurs um die Globalisierung eine zentrale Rolle spielen sollte. Deshalb will die diesjährige Jugendsession eine Plattform bieten, auf der Jugendliche in der Schweiz ihre eigenen Ansichten und Vorschläge diskutieren und an die breite Öffentlichkeit tragen können. Seid also kreativ, hinterfragt Bestehendes und teilt uns mit, wie ihr euch die globalisierte Welt der Zukunft vorstellt!

¹ <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52680/armut>

² <https://science.orf.at/v2/stories/2946247/>

³ <https://www.stern.de/wirtschaft/news/oxfam-studie--ein-prozent-besitzt-mehr-als-die-uebrigen-99-prozent-7831886.html>

Glossar

| | |
|-----------------------------|---|
| Sustainability, sustainable | Englischer Begriff für Nachhaltigkeit Nachhaltigkeit: Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse, ohne dass die Befriedigung zukünftiger Bedürfnisse gefährdet wird. (ARE, 2020) |
| (Corporate) Governance | Gesamtheit der Regeln und Prozesse, nach denen ein Unternehmen geführt wird |
| Taxonomie | Klassifikationssystem, das es gestützt auf bestimmte Kriterien erlaubt, beispielsweise nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeiten von nicht-nachhaltigen zu unterscheiden. (Mugglin & Kellenberger, 2020) |
| Compliance | Englischer Begriff für die Einhaltung von Regeln, Gesetzen oder Abmachungen Wird vor allem in der Wirtschaftswelt gebraucht. |
| Stempelsteuer | Staatliche Steuer auf die Transaktion von Banken- und Versicherungsprodukten. (SBVg, 2020) |
| Rentabilität | Misst den Erfolg eines Unternehmens. Es bezeichnet das Verhältnis zwischen Gewinn und eingesetztem Kapital. Wenn dieses Verhältnis positiv ist, dann ist ein Unternehmen rentabel und somit erfolgreich im wirtschaftlichen Sinne. (SBVg, 2020) |
| Carbon price | Preis, welchen Unternehmen für den Ausstoss von CO ₂ bezahlen. Generell bezeichnet carbon pricing (CO ₂ -Bepreisung) die Idee, das Klimagas CO ₂ mit einem Preis zu versehen. Dies mit dem Ziel, dessen Ausstoss zu vermindern oder ganz zu verhindern (Mugglin & Kellenberger, 2020). Wird üblicherweise über Umweltzertifikate oder Steuerabgaben bezahlt (Flückiger & Barnetta, 2020) |
| Nudging | Methode der Verhaltensökonomie, bei der versucht wird, jemanden zu einem gewissen Verhalten zu bewegen. |

| | |
|--|--|
| | Zentral dabei sind dabei Strategien, welche die Zielperson unbewusst zu der gewünschten Entscheidung führen sollen (Riegl, 2016) |
|--|--|

Worum geht es?

Der Begriff Sustainable Finance kommt aus dem Englischen und bedeutet nachhaltige Finanzen oder nachhaltige Finanzwirtschaft. Hierbei beschränkt sich der Begriff Nachhaltigkeit nicht nur auf die ökologische Nachhaltigkeit, sondern beinhaltet auch die Komponenten Soziales und Governance. Zusammen bilden diese drei Komponenten die sogenannten ESG Kriterien (**E**nvironmental, **S**ocial, **G**overnance). Nachhaltigkeit bedeutet, Ressourcen so optimal zu nutzen, dass auch zukünftige Generationen die gleichen Ressourcen zur gleichen Quantität und Qualität zur Verfügung haben wie wir jetzt. In der jetzigen Diskussion steht aber tatsächlich die ökologische Komponente im Vordergrund. Klimaaktivist*innen, die Klimaerwärmung und das 2015 abgeschlossene Pariser Klimaabkommen machen auch vor dem Finanzsektor nicht halt. Es drängt sich immer mehr die Frage auf, wie man Finanzflüsse so steuern kann, damit sie den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen.

Wichtig zu erwähnen ist, dass der Begriff Sustainable Finance von den verschiedenen Beteiligten anders aufgefasst werden kann: Während es Umweltschützern und Aktivisten primär um das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele geht, sehen zum Beispiel Finanz- und Wirtschaftsbranchen Nachhaltigkeit im Kontext der Überlebensfähigkeit ihrer jeweiligen Sektoren und des Marktzugangs zu anderen Finanzplätzen (Mugglin & Kellenberger, 2020). Zahlreiche Akteure, seien das Staaten, internationale Organisationen, Unternehmen, Banken, Anleger oder Umweltorganisationen, sehen in der Finanzbranche dringenden Handlungsbedarf für ebenjene konkurrierenden Nachhaltigkeitsvorstellungen. Dabei gibt es verschiedene Standpunkte, wie dieser Handlungsbedarf umgesetzt werden soll.

Nachhaltige Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen

Die Hauptproblematik der aktuellen Debatte besteht darin, dass es keine einheitliche Definition von nachhaltigen Finanzprodukten gibt. Die Definition von Nachhaltigkeit lässt einen gewissen Interpretationsspielraum offen, inwiefern ein Produkt der Umwelt nützen muss oder schaden darf. Die EU spielt in dieser Debatte eine Schlüsselrolle und einigte sich Ende 2019 auf eine Klassifikation, welche es Unternehmen und Investoren mittels Terminologie ermöglichen soll zu erkennen, welche Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch nachhaltig angesehen werden. Die EU-Taxonomie umfasst auch die beiden Unterkategorien „förderliche Tätigkeiten“ und „Übergangstätigkeiten“. Bei jedem Finanzprodukt muss künftig offengelegt werden, welcher Anteil in diesen Bereichen investiert wird. Da der Schweizer Finanzmarkt eng mit dem europäischen verbunden ist, kann angenommen werden, dass eine solche Klassifikation auch von Schweizer Banken und Anleger*innen übernommen werden wird.

Des Weiteren soll an dieser Stelle beschrieben werden, welche Güter und Prozesse als Finanzprodukte und -dienstleistungen bezeichnet werden können. Diese umfassen nämlich nicht nur Investitionen, sondern auch Kredite und Versicherungsdienstleistungen. Oftmals gehen diese zwei Komponenten vergessen, obwohl auch sie einen grossen Teil der relevanten Dienstleistungen ausmachen (Mugglin & Kellenberger, 2020).

Gesetzliche Grundlagen und Vorstösse

Die umweltbezogenen Bemühungen stützen sich vor allem auf das Pariser Klimaabkommen, genauer gesagt auf den Artikel 2.1c (*Making finance flows consistent with a pathway towards low greenhouse gas emissions and climate-resilient development*).

Konkrete gesetzliche Vorgaben zu Sustainable Finance gibt es in der Schweiz bisher aber nicht. Das totalrevidierte CO₂-Gesetz, das in der Herbstsession 2020 angenommen wurde, enthält ein paar wenige Verweise auf den Finanzsektor. Es gibt zudem zahlreiche Vorstösse von Parlamentarier*innen, welche die Entwicklung auf jenem Gebiet vorantreiben sollen. Eine ausführliche Liste zu solchen Vorstössen lässt sich auf www.sustainablefinance.ch finden.

Forderungen im Parlament

- Interpellation 19.4487: Greenwashing bei den Finanzprodukten Stoppen.
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194487>
Greenwashing: Beim sogenannten Greenwashing werden nicht nachhaltige Finanzprodukte als «grün» angepriesen, obwohl sie keine positiven oder sogar negativen Wirkungen auf die Umwelt haben. Diese Interpellation fordert mehr Transparenz beim Angebot von grünen Finanzprodukten.
- Motion 19.4372: Green-Finance-Produkte. Steuerstrafe beseitigen.
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194372>
Diese Motion fordert die Abschaffung der Stempelsteuer auf nachhaltige Finanzprodukte. Aufgrund der zu dieser Zeit fehlenden Zertifizierung beantragte der Bundesrat die Ablehnung einer solchen Abschaffung.
- Postulat 19.3966: Klimaverträgliche Ausrichtung und Verstärkung der Transparenz der Finanzmittelflüsse in Umsetzung des Übereinkommens von Paris
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193966>
Die Ständeratskommission für Umwelt, Raumplanung und Energie forderte in diesem Postulat einen Bericht über die zukünftigen Schritte, welche zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens beitragen sollen. Der Bundesrat begrüsst einen solchen Bericht.

Wo steht die Schweiz?

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat 2017 in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF) eine anonyme und kostenlose Überprüfung der Klimaverträglichkeit von Finanzportfolien für Schweizer Pensionskassen und Versicherungen angeboten. An dieser nahmen insgesamt 79 Pensionskassen und Versicherungen teil, welche einen branchenmässigen Gesamtanteil von rund zwei Dritteln ausmachen (BAFU, 2017). Das Ergebnis zeigt, dass vor drei Jahren die Investitionstätigkeiten der genannten Akteure eine Erderwärmung von rund 4-6 Grad begünstigen, weil sie unter anderem Investitionen in kohlenstoffintensive Unternehmen (insbesondere Energieversorgungs-, Rohstoff- sowie Öl-, Gas- und Kohleförderungsunternehmen) getätigt haben. Im internationalen Vergleich befindet sich die Schweiz somit im Mittelfeld. Diese Zahlen sind deutlich über dem angestrebten Klimaziel von einer Erwärmung von unter 2° (Oberholzer, 2020). Eine erneute Prüfung findet gegenwärtig wieder statt, jedoch mit der Ausweitung auf Vermögensberater und Banken.

Dadurch soll ein noch genaueres Bild über die Anlage- und Investitionstätigkeiten und deren Nachhaltigkeit entstehen. Die Zahlen sollen im November dieses Jahres veröffentlicht werden.

DEVELOPMENT OF SUSTAINABLE INVESTMENTS IN SWITZERLAND (IN CHF BILLION)

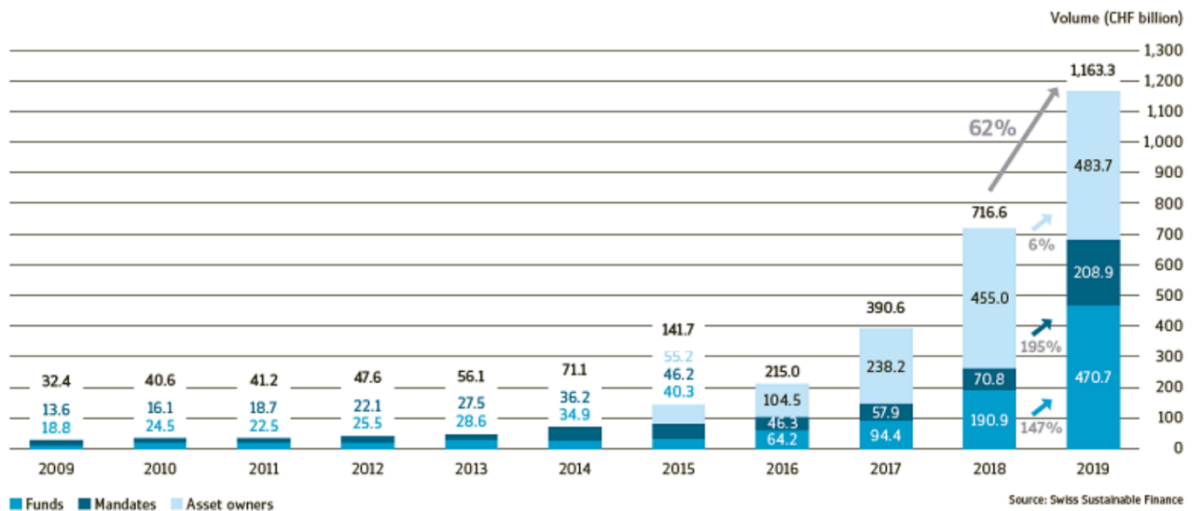


Abbildung 1: Studie der SSF (Swiss Sustainable Finance)

Wie auf der Abbildung oben zu sehen ist, erlebt Sustainable Finance gerade einen regelrechten Boom in der Schweiz. Rund 20% aller Finanzprodukte werden im Jahr 2020 als nachhaltig bezeichnet (SBVg, 2020). Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass auf der Abbildung nur Investitionen abgebildet sind; Kredite und Versicherungsdienstleistungen sind hier nicht inkludiert. Ein weiteres Problem stellt die Definition von Nachhaltigkeit dar. Noch gibt es keine einheitliche Meinung darüber, was als nachhaltig vermarktet werden darf und was nicht (SBVg, 2020).

2016 hat der Bundesrat Grundsätze für eine konsistente Politik der Schweiz im Bereich der Finanzmarktpolitik im Zusammenhang mit der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit definiert und die weiteren Schritte festgelegt (SIF, 2020). Im Juni 2020 wurde dann ein umfassendes Positionspapier mit ausführlichen Massnahmen vom Bund ausgearbeitet und veröffentlicht. In diesem hält er detailliert fest, welche Massnahmen er anstrebt, um die Schweiz zu einem führenden Standort in Sachen Sustainable Finance zu machen. (Bundesrat, 2020) Der Grossteil dieser Massnahmen stützt sich auf eine einheitliche Taxonomie, die Selbstregulierung der Branche und Transparenz. Dieser Mix aus Massnahmen zeigt, dass der Bundesrat weniger beabsichtigt, strengere Gesetze und Kontrollen zu verabschieden. Er setzt primär darauf, mit attraktiven Rahmenbedingungen die Branchenaktivitäten zu unterstützen und zu fördern.

Was ist die Rolle der Schweiz in der Internationalen Gemeinschaft?

Aufgrund der komplexen Vernetzung der globalen Finanzströme und grenzüberschreitender Umweltprobleme (z.B. Klimawandel) ist ein internationaler Ansatz ein wichtiger Bestandteil zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit. Als wichtigster Handelspartner der Schweiz nimmt die EU, die mit der Schaffung einer **Taxonomie** am weitesten fortgeschritten ist, eine Vorreiterrolle ein (Flückiger & Barnetta, 2020).

Die Schweiz engagiert sich in zahlreichen internationalen Initiativen zur Bekämpfung der Klimakrise und ist Teil von verschiedensten Gremien, welche explizit die Nachhaltigkeit im Finanzsektor betreffen. So ist Ueli Maurer seit 2019 Teil der «Coalition of Finance Ministers for Climate Action», welche Stand heute Finanzminister*innen aus über 50 Ländern zu ihren Mitgliedern zählen kann (Coalition of Finance Ministers for Climate Action, 2020). Die Liste von Organisationen, an welchen die Schweiz beteiligt ist, ist sehr lang (siehe Positionspapier Bundesrat). Die prominentesten sind dabei der IWF, die UNO, das Network for Greening the Financial Systems (NGFS) und die OECD (Bundesrat, 2020). Bei der Frage nach dem tatsächlichen Einfluss der Schweiz ist zu beachten, dass die Schweiz der wichtigste Finanzplatz für die Vermögensverwaltung ist (Flückiger & Barnetta, 2020).

Die Standpunkte verschiedener Akteure

- **Die Schweizerische Bankvereinigung (SBVg)** hält fest, dass die Bankenbranche ein sehr grosses Interesse an einem nachhaltigen Finanzplatz hegt. Für sie ist klar, dass CO₂-intensive Branchen auf lange Sicht nicht überlebensfähig und somit auch finanziell nicht mehr tragbar sind. Für die Banken ist vor allem eine einheitliche **Taxonomie** wichtig, sodass nachhaltige Finanzprodukte gezielt angeboten und verkauft werden können. Jedoch hält die SBVg nicht viel von staatlich vorgegebenen Vorschriften, da diese einerseits eine kontraproduktive Wirkung haben und die Entwicklung nachhaltiger Produkte sogar hemmen können und andererseits nationale Vorgaben wenig Sinn machen würden, da der Finanzplatz zum grössten Teil ein internationaler ist. Ausserdem habe sich erfahrungsgemäss gezeigt, dass die brancheninterne kritische Masse der **compliance** eine viel grössere Rolle spielt als rechtliche Vorschriften. Hier wird von der 80/20 Regel gesprochen: Halten sich 80% an branchenintern getroffenen Standards, werden diese auch von den restlichen 20% übernommen. Um solche 80% bei Nachhaltigkeitsmassnahmen zu erreichen, müssen Anreize für die Banken und Anleger bestehen. Hauptanreiz ist vor allem das Wissen, dass fossile Energieträger wie Kohle oder Erdöl jetzt schon stark kritisiert und somit weniger gefördert werden und mit der Zeit wahrscheinlich fast oder ganz aus Finanzportfolios verschwinden werden. Somit orientiert sich auch die Bankenbranche an neuen Märkten. Hinzu kommen die drohenden staatlichen Regulierungen, welche von Seiten der Politik unausweichlich gefordert werden, sollte es die Branche nicht selbst schaffen, einen Umschwung zu bewirken. (SBVg, 2020)
Die Bankenvereinigung sieht vor allem Chancen in der Attraktivitätssteigerung von nachhaltigen Produkten, zum Beispiel mit der Abschaffung der **Stempelsteuer** auf nachhaltigen Finanzprodukten. Somit wäre der Anreiz für Investor*innen grösser, ein nachhaltiges Produkt einem herkömmlichen Produkt vorzuziehen. (SBVg, 2019)
Ausserdem fehlt vielen Bankberater*innen und auch Anleger*innen das Wissen über finanziell nachhaltige Produkte. Gezielte bankinterne Schulungen sollen ihnen die Möglichkeit geben, ihren Kund*innen wichtige Informationen über Nachhaltigkeit und deren finanzielle **Rentabilität** zu geben. Diese sei übrigens nicht kleiner als bei herkömmlichen Finanzprodukten und trägt nachweislich kein höheres Finanzrisiko für die Anleger*innen mit sich. (SBVg, 2020)
- **Staatliche Akteure** wie das **SIF** (Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen) und das **BAFU** (Bundesamt für Umwelt) fokussieren vor allem auf die Einbringung von Schweizer Interessen in die internationalen Debatte und die Aufklärung für

Grossanleger*innen wie Pensionskassen, Banken, Versicherungen, etc. Das SIF beschäftigt sich mit Internationalen Fragen und bringt sich dort als wichtiger Gesprächspartner mit ein. Zweifellos ist ein internationaler Ansatz am sinnvollsten, da das Finanzwesen ein globales Konstrukt ist und Geldflüsse so schwierig auf einzelne Länder zurückzuführen sind. Jedoch gestalten sich solche Gespräche als besonders schwer, da sie auf einem Konsensprinzip basieren. Staaten können nicht gezwungen werden, Richtlinien zu erfüllen oder anzunehmen, weshalb eine einheitliche Lösung gefunden werden muss. Dies führt oft dazu, dass wichtige Ziele oder Massnahmen verwässert werden, da gewisse Problematiken von einigen Staaten für weniger relevant angesehen werden als von anderen. Hierbei sind auch die verschiedenen Wirtschaftssektoren einzelner Länder zu berücksichtigen; Länder, welche wirtschaftlich auf CO₂-intensive Branchen angewiesen sind, werden sich womöglich weigern, wirtschaftseinschränkende Massnahmen anzuordnen.

Die Schweiz spielt als wichtiger Handelsplatz für Rohstoffe eine wichtige Rolle in diesen Gesprächen. Ausserdem ist die Schweiz der weltweit wichtigste Finanzplatz für Vermögensverwaltung. Eines der am meisten diskutierten Themen ist der sogenannte «**carbon price**»: dieser wäre ökonomisch gesehen die sauberste und einfachste Lösung. Man spricht hierbei von der Internalisierung externer Kosten, also einer Inkludierung der Kosten für die Umweltschäden, welche durch die Produktion eines Gutes verursacht werden. (Flückiger & Barnetta, 2020)

Laut Herrn Stefan Flückiger, stellvertretender Staatssekretär des SIF, stellt die momentane Corona-Pandemie aber eine wesentliche Bedrohung für zukünftige Bemühungen dar. Durch die finanzielle Krise stellen nämlich viele Länder und Unternehmen auf Überlebensmodus und die Nachhaltigkeitsfrage gerät in den Hintergrund. Obwohl der CO₂-Ausstoss in den letzten Monaten gesamthaft tiefer war als zuvor (Lanz, 2020), werden in der nationalen und internationalen Politik Stimmen laut, die einen Abbau von Umweltschutzgesetzen und grössere Investitionen zugunsten der Wirtschaft fordern.

Das BAFU fokussiert sich als Bundesamt für Umwelt nur auf den ökologischen Aspekt der ESG Kriterien. Im Vordergrund steht die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, welches im Artikel 2.1c explizit eine nachhaltige Ausrichtung der Finanzflüsse vorsieht (UN, 2015). Momentan sieht der Bundesrat von einem aktiven Eingreifen mithilfe von Gesetzen ab und setzt auf die freiwillige Umsetzung der Finanzmarktakteur*innen. Hierbei wird aber regelmässig geprüft, inwiefern die Branche die Ziele erfüllt, resp. zu erfüllen anstrebt und überlegt sich dementsprechend passende Massnahmen. Das BAFU hat 2017 in Zusammenarbeit mit dem SIF eine kostenlose und anonyme Überprüfung der Klimaverträglichkeit von Finanzportfolien für Schweizer Pensionskassen und Versicherungen angeboten (siehe «Wo steht die Schweiz»). Somit hat das BAFU vor, Datenanalysen vorzunehmen und Informationsgrundlagen bereitzustellen (Oberholzer, 2020). Für das BAFU ist vor allem die Abstimmung wirtschaftlicher Interessen mit einer tatsächlich ökologisch nachhaltigen Wirkung wichtig. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht alle Anlagen den gleichen ökologischen Beitrag zu leisten vermögen (Kölbel, 2020). Die Finanzflüsse sollen sich vor allem an internationalen Abkommen orientieren und auf wissenschaftliche Ergebnisse fundiert sein. Das BAFU sieht auch in der Digitalisierung eine Chance, da Daten schneller, präziser und gesamthafter erhoben werden können. So können zum Beispiel Lieferketten und deren Nachhaltigkeitsperformance genauer

und effizienter analysiert werden. Es muss aber auch berücksichtigt werden, dass der enorme Energieverbrauch auch umweltschädliche Auswirkungen haben kann.

Letztendlich ist es aus Sicht des BAFU wichtig, transparent zu sein und aufzuzeigen, dass jede einzelne Person mit ihren Investitionen einen Beitrag leisten kann (Oberholzer, 2020).

- **NGOs wie der WWF** begrüßen die Dynamik im Bereich Sustainable Finance und die zunehmende Sensibilisierung von (Finanz-)Wirtschaft, Politik und Gesellschaft für die Bedeutung nachhaltiger Finanzflüsse. Gesamthaft steht der WWF den Entwicklungen im Finanzbereich kritischer gegenüber als die Finanzbranche selbst. Fortschritte bei der Integration von Klimarisiken in Investitions- und Finanzierungsentscheidungen allein genügen nicht, um einen positiven Effekt für die Umwelt herbeizuführen. Auch wenn der WWF der Förderung von nachhaltigen Finanzprodukten positiv gegenübersteht, warnt er, dass nicht alles grün und nachhaltig ist wo grün und nachhaltig draufsteht. Die fehlende einheitliche Taxonomie erschwert es Kunden und Anlegern festzustellen resp. sicherzustellen, dass ihre Produkte auch wirklich nachhaltig sind. Die konsequente Ausrichtung der Schweizer Finanzflüsse an einer positiven Umweltwirkung sei ein Qualitätsmerkmal, mit dem sich der Schweizer Finanzplatz international auszeichnen und von anderen Finanzplätzen abheben könnte. Der WWF sieht aber auch, dass es einen intelligenten Instrumentenmix aus regulatorischen Massnahmen, Selbstverpflichtungen der Finanzindustrie sowie aus freiwilligen Massnahmen braucht. Hierbei sollen alle Akteure, also der Staat, die Finanzindustrie, Unternehmen, die Wissenschaft und NGOs zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Es sich jedoch die Frage, wie effektiv eine solche Selbstregulierung ohne Konsequenzen bei Nichteinhaltung funktionieren kann (Mugglin & Kellenberger, 2020). Haupttätigkeit des WWF ist in diesem Zusammenhang das Bereitstellen von Informationen und die Förderung von Transparenz, aber auch die Zusammenarbeit und der Dialog mit Akteur*innen aus der Finanzwirtschaft sowie mit Behörden. Auf der Website des WWF lassen sich zahlreiche Nachhaltigkeitsratings von Unternehmen, Pensionskassen und Banken finden, welche es Kunden und Anleger*innen ermöglichen sollen, nachhaltige finanztechnische Entscheidungen zu treffen. (WWF Schweiz, 2020)

Vor- und Nachteile unterschiedlicher Ansätze

Der Bundesrat hat in seinem Positionspapier zahlreiche Massnahmen aufgezählt, welche Sustainable Finance in der Schweiz stärken sollen. Hier sollen einige generelle Ansätze und ihre Vor- und Nachteile aufgezeigt werden.

1.1.1 Selbstregulierung

- Bankiervereinigung bekräftigt, dass Wechsel zu Sustainable Finance im Eigeninteresse liegt
- Banken haben eigene Richtlinien für Sustainable Finance aufgestellt
- Aus Erfahrung setzt sich eine Richtlinie durch, wenn sie von 80% der Akteure befolgt wird → ab 80% kann auch Compliance der restlichen Akteure erwartet werden

Pro:

- Eigene Richtlinien können schneller umgesetzt werden als Gesetze
- Werden von der Branche selbst unterstützt und so besser akzeptiert

Contra:

- Keine Garantie für Durchsetzung, da nicht bindend
- Kontrolle und Überprüfung schwierig

1.1.2 positive Anreize

- Anreize wie **Nudging** oder Abschaffung der **Stempelsteuer**
- Nachhaltige Produkte sollen attraktiver gemacht werden

Pro:

- Nachhaltige Produkte werden auch für Privat- und Grosskund*innen attraktiv
- Abbau von Hürden macht es für Banken attraktiver, nachhaltige Finanzprodukte anzubieten

Contra:

- Keine Garantie für Erfolg
- Steuerausfälle für den Staat

1.1.3 negative Anreize

- CO2 Steuer
- Bussen für Nichteinhaltung von Standards
- Mindestanteil an nachhaltigen Finanzprodukten

Pro:

- Bindende Gesetze für die gesamte Wirtschaft (und insbesondere Verursacher der CO2-Emissionen) können besser kontrolliert werden
- Verspricht Wirkung weil es Gesetze sind, müssen eingehalten werden

Contra:

- Gesetze brauchen lange, um verabschiedet zu werden
- Internationale Sanktionen sind schwierig durchzusetzen

1.1.4 Transparenz und Kommunikation

- Pensionskassen, Versicherungen, Banken, etc. sollen Nachhaltigkeit offenlegen müssen
- Rankings und Überprüfungen sollen veröffentlicht werden

Pro:

- Durch Transparenz können sich Kund*innen selbst entscheiden, wo sie investieren wollen
- Öffentliche Meinung beeinflusst Verhalten der Akteur*innen

Contra:

- Nicht bindend, Nachhaltigkeitsberichte können auch beschönigt werden
- Es fehlt eine Taxonomie, um Vergleiche von Nachhaltigkeitskriterien zuzulassen
- Ist das öffentliche Interesse gross genug?

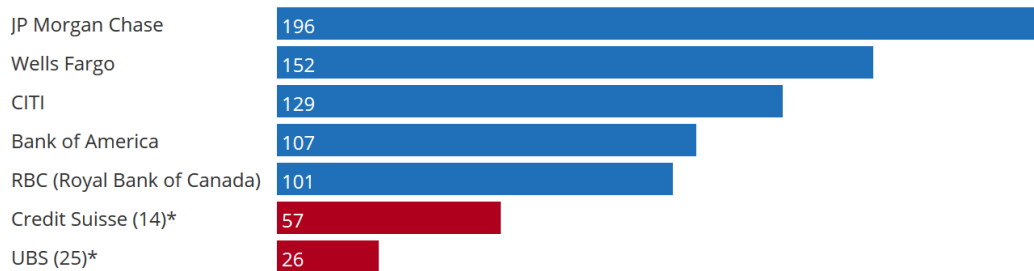
Kritik

Zahlreiche Umweltorganisationen kritisieren die Geschwindigkeit und die Unverbindlichkeit, mit der die Entwicklung im Bereich Sustainable Finance voranschreitet und die laut ihnen nicht ausreichen, um die drohenden Umweltkrisen zu bewältigen. Der Staat und die Branche halten entgegen, dass brancheninterne Massnahmen schneller und effektiver umgesetzt werden

können, da Gesetze lange brauchen, bis sie in Kraft treten. Somit könnte ein Gesetz möglicherweise erst nach mehreren Jahren umgesetzt werden.

Finanzierung von Unternehmen und Projekten im Bereich fossiler Brennstoffe 2016-2018

in Milliarden US-Dollar



* zeigt die Position in einer Liste von 33 Banken, geordnet nach dem investierten Betrag

Quelle: [BankTrack](#) • [Daten herunterladen](#)

SWI swissinfo.ch

Abbildung 2: Finanzierung fossiler Brennstoffe 1







Die Abbildung zeigt die Finanzierung von Unternehmen und Projekten im Bereich fossiler Brennstoffe. Hierbei ist zu sehen, dass die Credit Suisse und die UBS in den letzten Jahren zusammen über 80 Milliarden Franken in CO₂-intensive Unternehmen investiert haben (Allen, 2019). Schweizer Grossbanken leisten somit einen Beitrag zur Finanzierung von Energien, welche das Klimaziel von 2° gefährden.

Zudem kann der Fokus auf den umwelttechnischen Aspekt auch als problematisch angesehen werden, da so die anderen zwei wichtigen Komponenten Governance und Soziales vernachlässigt werden. Probleme wie die Ausbeutung von Arbeiter*innen oder Kinderarbeit gehören auch zu einer nachhaltigen Finanzpolitik, werden jedoch von der Diskussion über umwelttechnische Probleme überschattet. Andere Stimmen wenden jedoch ein, dass die drei Kriterien so nicht voneinander getrennt werden können und eine Verbesserung des einen Kriteriums die anderen zwei beeinflusst. Somit verdränge der Fokus auf die ökologische Komponente keineswegs die beiden anderen Kriterien (Mugglin & Kellenberger, 2020).

Fazit

Alle involvierten Akteur*innen scheinen bemüht und gewillt, Sustainable Finance voranzutreiben. Spannungsfeld ist der Umfang und die Intensivität geplanter Massnahmen. Drohende politische Massnahmen und neue Risikoanalysen schaukeln sich gegenseitig auf, sodass die Branche lieber selbst Massnahmen ergreifen würde, um vom Staat in ihrer Tätigkeit nicht weiter eingeschränkt und kontrolliert zu werden und weil sie diese zudem als wichtig und zielführend erachtet (SBVg, 2020). Hauptproblematik der nächsten Jahre wird jedoch wahrscheinlich sein, nachhaltige Wirtschaft trotz der grossen corona-bedingten Einbussen zu betreiben. Viele Firmen sind momentan nicht gewillt oder auch gar nicht in der Lage, ihre Produkte nachhaltiger zu gestalten. Wie bei vielem könnte die Krise aber auch eine Chance sein: Der Wiederaufbau der nationalen und internationalen Wirtschaft könnte von Nachhaltigkeit geprägt sein.

Weiterführende Links / Willst du mehr wissen?

| Links | QR Code |
|--|---|
| Website Swiss Sustainable Finance |  |
| Staatsekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF) |  |
| Bundesamt für Umwelt (BAFU) |  |
| WWF Schweiz Sustainable Finance |  |
| Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) |  |
| Positionspapier des Bundesrates zu Sustainable Finance |  |

Verweise

Allen, M., 2019. 1900 Mrd. Fr. – so viel haben Banken in "dreckige Energie" investiert. *swissinfo*.

ARE, 2020. *www.are.admin.ch*. [Online]
<https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/politik-und-strategie/nachhaltigkeitsverstaendnis-in-der-schweiz.html> [30.09.2020].

BAFU, 2017. *www.bafu.admin.ch*. [Online]
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klima-und-finanzmarkt.html#889980007> [30.09.2020].

Bisang, S., 2020. *Schweizerische Bankiervereinigung* [Interview] 2020.

Bundesrat, 2020. *Nachhaltigkeit im Finanzsektor Schweiz*, Bern: s.n.

Coalition of Finance Ministers for Climate Action, 2020. *www.financeministersforclimate.org*. [Online]
<https://www.financeministersforclimate.org/> [30.09.2020].

Flückiger, S. & Barnetta, I., 2020. *Internationale Bemühungen Sustainable Finance* [Interview] 2020.

Kölbel, J., 2020. So helfen grüne Investitionen nicht nur dem eigenen Gewissen. *NZZ am Sonntag*, 11 Januar.

Lanz, K., 2020. *economiesuisse*. [Online]
<https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/besseres-klima-dank-corona> [30.09.2020].

Mugglin, I. & Kellenberger, S., 2020. *Interview Sustainable Finance WWF* [Interview] (April 2020).

Oberholzer, B., 2020. *Interview Sustainable Finance BAFU* [Interview] (Mai 2020).

Riegl, G. F., 2016. *www.digitalwiki.de*. [Online]
<http://www.digitalwiki.de/nudging/> [30.09.2020].

SBVg, 2019. *Positionspapier Sustainable Finance*, s.l.: s.n.

SIF, 2020. *www.sif.admin.ch*. [Online]
https://www.sif.admin.ch/sif/de/home/finanzmarktpolitik/nachhalt_finanzsektor.html [30.09.2020].

Sommer-Guist, C., 2019. *www.blog.forestfinance.de*. [Online]
<https://blog.forestfinance.de/2019/12/10/eu-definiert-nachhaltige-finanzprodukte/> [30.09.2020].

UN, 2015. *Pariser Klimaabkommen*, Paris: s.n.

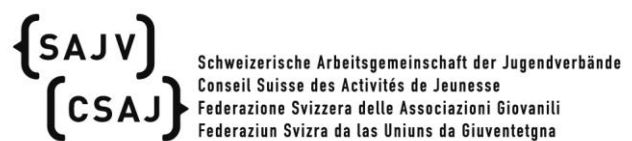
WWF Schweiz, 2020. *wwf.ch*. [Online]
<https://www.wwf.ch/de/unsere-ziele/sustainable-finance-nachhaltige-finanzfluesse-foerdern> [30.09.2020].

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Swiss Sustainable Finance

Abb. 2: swissinfo: Finanzierung von Unternehmen und Projekten im Bereich fossiler Brennstoffe

SAJV | Projektleitung Jugendsession
projektleitung@jugendsession.ch
www.jugendsession.ch



Dieses Thema wurde erarbeitet mit der Unterstützung des *Bundesamtes für Umwelt*, des *Staatssekretariats für internationale Finanzfragen*, der *Schweizerischen Bankiervereinigung* und des *WWF*